

Alle mitnehmen



INSM-Bildungsmonitor. In der Theorie hat in Deutschland jeder die gleichen Chancen auf eine gute Schul- und Berufsausbildung, die Praxis wird diesem Anspruch allerdings oft nicht gerecht. Denn die Qualität der Bildungssysteme in den einzelnen Bundesländern unterscheidet sich stark, wie der aktuelle INSM-Bildungsmonitor zeigt. Um die wachsende Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besser zu integrieren, seien in erster Linie gute Deutschkenntnisse nötig, sagen die beiden IW-Studienautoren Christina Anger und Axel Plünnecke. Wie die Vermittlung der deutschen Sprache besser gelingen könnte, erläutern sie im iwd-Interview. —> **Seiten 2-5**

Brandenburg

Trotz der guten Wirtschaftslage vor Ort könnte die SPD bei der bevorstehenden Landtagswahl erstmals seit der Wiedervereinigung nicht mehr stärkste Partei werden.

—> **Seite 6**

Industrie

Die Produktion im deutschen Verarbeitenden Gewerbe ist zuletzt weiter gesunken. Ursachen der Krise sind globale Einflüsse ebenso wie die Politik im Inland.

—> **Seite 11**

Es gibt viel zu tun

INSM-Bildungsmonitor. In den meisten Bundesländern sind die Herausforderungen im Bildungssystem im Vergleich zum Jahr 2013 gewachsen. Vor allem bei der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund hat die Bildungspolitik noch viel Arbeit vor sich.

Wie gerecht ist unser Bildungssystem? Trägt es optimal zur Fachkräftesicherung bei? Macht es Deutschland mit Blick auf die Digitalisierung oder

die Dekarbonisierung fit für die Zukunft? Diesen Fragen geht der INSM-Bildungsmonitor nach, der seit 2004 jährlich vom Institut der

deutschen Wirtschaft erstellt wird. Er beschreibt die Fortschritte aller Bundesländer in 13 Handlungsfeldern, zum Beispiel die Betreuungsbedingungen, die Schulqualität oder die Integration im Bildungssystem.

2024 belegt das gleiche ostdeutsche Bundesland wie in den Vorjahren den ersten Platz (Grafik):

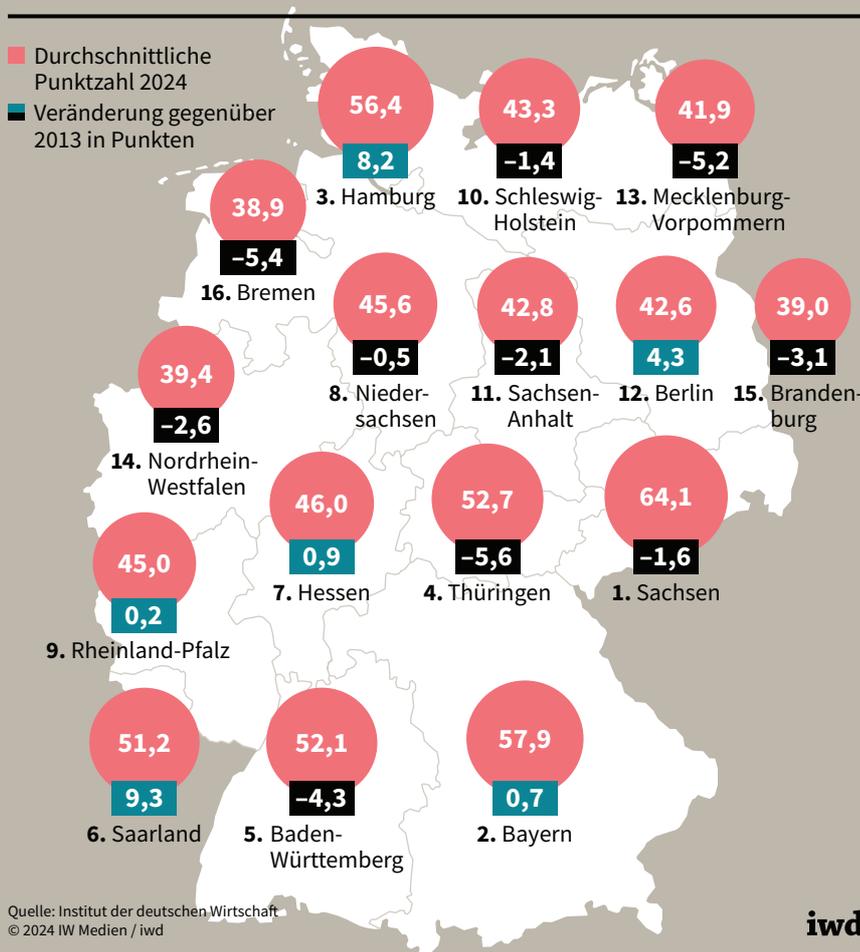
Sachsen liegt im Ranking vorn, gefolgt von Bayern und Hamburg. Am Ende der Skala finden sich Nordrhein-Westfalen, Brandenburg sowie das Schlusslicht Bremen.

Sachsen erreicht in vier Handlungsfeldern den ersten Platz: bei der Förderinfrastruktur, der Schulqualität, im Vermeiden von Bildungsarmut sowie bei der Forschungsorientierung. Gleichwohl gibt es noch Verbesserungsbedarf, etwa in puncto Zeiteffizienz. So werden in Sachsen relativ viele Kinder verspätet eingeschult, zudem wiederholen mehr Grundschüler eine Klasse als im Bundesdurchschnitt. Die Betreuungsbedingungen sind ebenfalls noch nicht optimal. So kamen in Sachsen im Jahr 2023 auf eine Kita-Betreuerin im Schnitt 8,7 Kinder, im Bundesdurchschnitt waren es 5,5.

Bayern erreicht in der beruflichen Bildung die meisten Punkte. Der Grund: Im Freistaat gab es 2023 mit 4 Prozent relativ wenige unversorgte Ausbildungsplatzbewerber (im Bundesdurchschnitt waren es 8 Prozent), zudem stehen Fortbildungen dort hoch im Kurs: Im Jahr 2022

INSM-Bildungsmonitor: Zehn Bundesländer haben sich seit 2013 verschlechtert

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 98 Einzelindikatoren in 13 Handlungsfeldern. Das Land, welches im Jahr 2013 bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielt hat, bekam 0 Punkte und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte. Seither werden die Punkte basierend auf diesen Ausgangswerten fortgeschrieben.



haben rund 7 Prozent der 25- bis 40-jährigen Menschen in Bayern eine Fortbildungsprüfung bestanden, deutschlandweit waren es knapp 5 Prozent. Beim Ausbau der Förderinfrastruktur hinkt Bayern dagegen trotz zuletzt großer Fortschritte hinterher. Der Anteil der ganztags betreuten Vorschulkinder liegt nur bei knapp 34 Prozent, bundesweit sind es annähernd 47 Prozent.

Hamburg erreicht den Spitzenplatz in puncto Internationalisierung, denn in der Hansestadt erlernen fast alle Grundschüler eine Fremdsprache. In der Folge weisen die Hamburger Schüler ein weit überdurchschnittliches Hör- und Leseverständnis in der englischen Sprache auf. Verbessern könnte sich Hamburg im Handlungsfeld Schulqualität. Die Mathematikkenntnisse der Viertklässler sind etwas schlechter als im Bundesdurchschnitt, das Gleiche gilt für die Lesekompetenz der Neuntklässler. Beide haben sich aber in den letzten Jahren weniger stark verschlechtert als die Ergebnisse in vielen anderen Bundesländern.

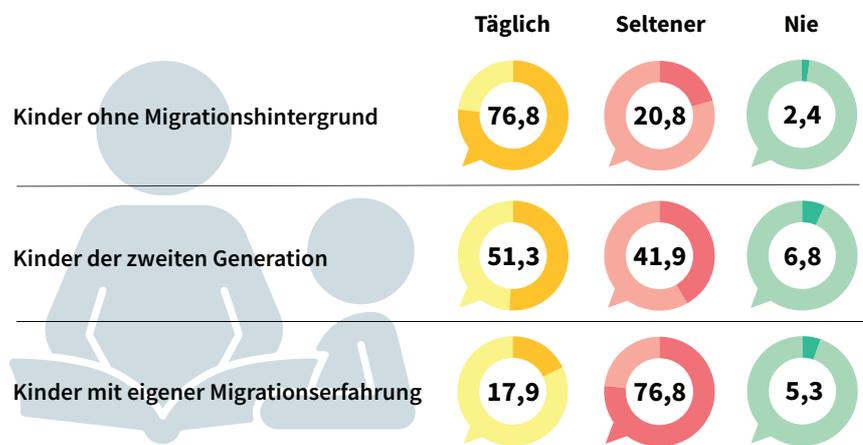
Ein besonderes Augenmerk legt der INSM-Bildungsmonitor 2024 auf die Integration, schließlich hat sich in den vergangenen Jahren der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stark erhöht:

Im Jahr 2005 hatten 19 Prozent der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund, 2022 waren es fast 30 Prozent.

Noch stärker steigt der Anteil der Personen mit ausländischen Wurzeln in der jungen Generation. Im Jahr 2012 wiesen 26 Prozent der bei PISA getesteten 15-Jährigen in Deutschland einen Migrationshintergrund auf, 2022 waren es 39 Prozent. Angesichts dessen sollten sich die Bundesländer stärker darum bemühen, diese jungen Leute erfolgreich ins deutsche Bildungssystem zu integrieren – schließlich tragen sie

Vorlesen: Tägliches Ritual oder große Ausnahme

So viel Prozent der Kinder im Alter zwischen zwei und drei sowie fünf und sechs Jahren bekamen im Jahr 2021 so häufig vorgelesen oder Geschichten erzählt



Vorlesen und Geschichten erzählen: in Deutsch oder der Heimatsprache
 Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd



wesentlich dazu bei, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern. Doch aktuell weisen zugewanderte Kinder in Deutschland schlechtere Bildungsergebnisse auf als in anderen Ländern.

Um dies zu ändern, kommt vor allem der Sprachförderung eine besondere Bedeutung zu. Lesekompetenzen sind entscheidend für den Bildungserfolg, allerdings nimmt die häusliche Ausstattung mit Büchern sowie die Zeit, in der gelesen wird, bei Kindern und Jugendlichen ab. Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund haben weniger Vorleseerfahrungen, was ihre Lesekompetenzen beeinträchtigt (Grafik):

Fast 77 Prozent der Vorschulkinder ohne Migrationshintergrund bekommen täglich Geschichten erzählt oder vorgelesen, Kinder mit eigener Migrationserfahrung nur zu 18 Prozent.

Das tägliche Vorlesen für Kindergartenkinder wirkt sich weitreichend positiv aus. So weisen diese Kinder deutlich bessere schulische Leistungen im Grundschulalter auf. Das

tägliche Selbstlesen von Zehnjährigen wiederum korreliert mit einer höheren Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen und später bessere Schulnoten zu erzielen.

Die Sprach- und Leseförderung sollte deshalb so früh wie möglich beginnen. Allerdings besuchen Kinder mit Migrationshintergrund deutlich seltener Kitas und Kindergärten als solche ohne Migrationshintergrund. Zudem gibt es sowohl im Vorschulbereich als auch an den Grundschulen bundesweit immer noch nicht genügend Betreuungs- und Ganztagsplätze. Hier ist ein weiterer quantitativer und qualitativer Ausbau notwendig. Zusätzlich sollten auch die Eltern bei der Leseförderung ihrer Kinder unterstützt werden, indem sie beispielsweise Materialien für das Lesenüben zu Hause erhalten.

Gutachten

Christina Anger, Julia Betz, Axel Plünnecke:
 INSM-Bildungsmonitor 2024 – Potenziale der
 Zuwanderung im Bildungssystem heben
iwkoeln.de/bildungsmonitor-2024

Interview. Der INSM-Bildungsmonitor 2024 beschäftigt sich ausführlich mit dem Thema Integration. Wie sich die Potenziale der Zuwanderung innerhalb des Bildungssystems erschließen lassen und warum Deutschland dabei vor besonderen Herausforderungen steht, erklären die Autoren des Bildungsmonitors, **Christina Anger** und **Axel Plünnecke**.



Foto: IW Medien

„Es muss viel mehr für den Erwerb der deutschen Sprache getan werden“

Sachsen hat beim jüngsten INSM-Bildungsmonitor zum wiederholten Mal als Sieger abgeschnitten. Die gute Schulqualität und die Tatsache, dass in Sachsen Bildungsarmut besonders gut vermieden wird, sind der dortigen Bevölkerung – siehe die jüngsten Wahlergebnisse – offenbar nicht sonderlich bewusst, oder?

Plünnecke: Sachsen hat zwar die höchste Punktzahl erreicht, doch auch hier haben sich die Leistungen der Schüler in den Vergleichsarbeiten in Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert – Sachsen hat lediglich den Vorsprung vor den anderen Bundesländern gehalten. Dazu gibt es weitere Probleme: An den Schulen in Ostdeutschland gehen viele Lehrer in Rente und es kommen zu wenig Lehrkräfte nach, es gibt also eine größer werdende Lehrkräfteknappheit. Wir messen die Altersstruktur der Lehrkräfte und hier kommt Sachsen nur auf Platz 13. Lehrkräftemangel wiederum kann zu Unterrichtsausfällen führen.

Hinzu kommt, dass in ländlichen Regionen Sachsens in der Vergangenheit wegen der schrumpfenden Schüler-

zahlen Schulen zusammengelegt wurden, sodass sich die Schulwege für viele Kinder und Jugendliche verlängert haben.

Anger: Solche Dinge nehmen Schüler und Eltern eben auch Tag für Tag wahr, anders als die guten Ergebnisse von Untersuchungen wie der unsrigen, die einmal im Jahr herauskommt.

Misst denn der INSM-Bildungsmonitor auch den Unterrichtsausfall?

Plünnecke: Nein, dazu gibt es leider keine vergleichbaren Daten. Die Bundesländer sind, vermute ich, auch nicht sonderlich interessiert daran, das transparent zu messen und sich für die Unterrichtsausfälle verantworten zu müssen.

Die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen in Ostdeutschland zeigen, dass junge Menschen besonders anfällig sind für rechtspopulistische und -extreme Stimmungsmache. Wie sollte die Bildungspolitik darauf reagieren?

Plünnecke: Das Thema Medienkompetenz – also: Wie erkenne ich Fake News? Was sind seriöse Quellen? – soll-

te eine größere Rolle im Unterricht spielen. Populistische Parteien sind ja sehr aktiv auf TikTok und junge Menschen informieren sich sehr stark über soziale Medien, wo eine Qualitätskontrolle der Inhalte nur sehr bedingt stattfindet.

Anger: Genau zu dieser Frage der Demokratiebildung an Schulen hat die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz kürzlich ein Gutachten herausgebracht. Dort wird Folgendes gefordert: Schüler sollen nicht nur Fakten und Wissen büffeln, sondern auch lernen, wie man die Vielfalt an Informationen überprüft und Quellen einschätzt. Und das Paper fordert fächerübergreifend mehr Demokratiebildung.

Wie soll das im Unterricht umgesetzt werden?

Anger: Oftmals reicht schon eine Veränderung der Schwerpunkte. Die Medienkompetenz zum Beispiel kann man in den bestehenden Fächern vermitteln und anwenden, die Schüler arbeiten ja ohnehin schon sehr viel digital. Da kann man die Schüler nach bestimmten Aussagen suchen lassen und zum Gegenchecken der Quellen auffordern.

Sie erstellen den Bildungsmonitor seit 2004. In der ersten Dekade verbesserten sich die Bildungschancen und -bedingungen, seit 2013 hat sich der Bundesdurchschnitt verschlechtert. Wie kommt das?

Plünnecke: Wir hatten im Jahr 2001 den PISA-Schock, der viele Reformen nach sich zog: mehr Ganztagschulen, die Einführung von Mindest- und Bildungsstandards, der Ausbau der frühkindlichen Förderung. All das hat stark geholfen, das Bildungssystem in Deutschland zu verbessern.

2015 kamen dann mit der Fluchtmigration viele Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse in die Schulen, worauf das Bildungssystem nicht gut vorbereitet war. Und dann kam Corona mit den Schulschließungen, die natürlich jene Kinder stärker trafen, deren Eltern nicht die deutsche Sprache beherrschen oder die nicht durch die Eltern beim Selbstlernen unterstützt werden konnten. Und dadurch ist die Ungleichheit unter den Schülern in den vergangenen drei, vier Jahren noch einmal deutlich gestiegen.

Sie haben den Fokus in diesem Bildungsmonitor auf die Integration gelegt. Seit der ersten PISA-Studie weiß man, dass die Herkunft von Kindern in Deutschland eine unverhältnismäßig große Rolle dabei spielt, ob ein Kind schulisch und beruflich Erfolg haben wird. Warum gelingt es uns so schlecht, diese Herkunftshürde zu überwinden?

Anger: In Deutschland kommen mehrere Risikolagen stärker als in anderen Ländern zusammen: Kinder aus bildungsfernen Haushalten sprechen häufig zu Hause

nicht die deutsche Sprache, bekommen von klein auf weniger vorgelesen und gehen auf Schulen, bei denen viele andere Kinder auch schlecht Deutsch können. In Deutschland muss diesem Personenkreis also noch mehr geholfen werden.

Außerdem sehen wir in Deutschland eine niedrigere Beteiligung an der besonders wichtigen frühkindlichen Förderung: Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Kita besuchen, ist in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Das ist nicht nur auf sprachliche oder organisatorische Probleme der Eltern zurückzuführen, sondern hat auch damit zu tun, dass wir immer noch zu wenige Kitaplätze haben.

Was wir aber zeigen können, ist, dass nicht der Migrationshintergrund an sich das Problem ist, sondern es sind die fehlenden Kenntnisse der deutschen Sprache. Wer Deutsch beherrscht, kann dem Unterricht folgen und auch leichter in den Arbeitsmarkt einsteigen. Es muss also viel mehr für den Spracherwerb getan werden.

Das Sprachproblem haben Kinder mit Migrationshintergrund in anderen EU-Staaten doch auch?

Plünnecke: In einigen Ländern gibt es bessere Unterstützung – zum Beispiel hochwertige Ganztagschulen. In manchen Ländern werden die Schüler mit Förderbedarf gleichmäßiger verteilt. Und einige andere Sprachen sind auch leichter zu erlernen als Deutsch.

Gibt es auch Ergebnisse aus dem aktuellen Monitor, mit denen Sie zufrieden sind?

Anger: Die Internationalisierung im Bildungssystem kommt weiter voran. Der Englischunterricht etwa ist besser geworden und die Schüler können auch besser Englisch als früher.

Viele Probleme lassen sich mit Geld lösen: mehr Lehrer einstellen, mehr Förderkurse anbieten, mehr Kindergärten bauen. Wie hoch sind die Mehrkosten, wenn man all das umsetzt, was Sie fordern?

Plünnecke: Wenn man beispielsweise das Startchancenprogramm, das zusätzliche Mittel von 2 Milliarden Euro pro Jahr für 10 Prozent der Schulen mit einem ungünstigen Sozialindex vorsieht, auf 40 Prozent der Schulen ausdehnt, erreicht man einen Großteil der Gruppen, die einen besonderen Förderbedarf haben. Das wären also 8 Milliarden Euro anstatt 2 Milliarden Euro pro Jahr.

Dieser zusätzliche Aufwand würde sich langfristig rechnen, oder?

Plünnecke: Das ist langfristig fiskalisch hochattraktiv, ja, denn damit erhöht man die Zahl der ausbildungsreifen Schulabsolventen. Und angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland können wir jede Fachkraft sehr gut gebrauchen.

Sozialdemokratische Dominanz droht zu schwinden

Brandenburg. Manfred Stolpe, Matthias Platzeck, Dietmar Woidke: Seit der Wiedervereinigung stellt die SPD in Brandenburg den Ministerpräsidenten. Nach der kommenden Wahl könnte sich das ändern – trotz der guten Wirtschaftslage vor Ort.

Am 22. September wählen mehr als zwei Millionen Menschen in Brandenburg einen neuen Landtag. Der amtierende Ministerpräsident und SPD-Spitzenkandidat, Dietmar Woidke, will nur Ministerpräsident bleiben, wenn die SPD bei der Wahl die stärkste Partei wird – danach sieht es derzeit jedoch nicht aus: Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA vom August 2024 kämen die Sozialdemokraten derzeit auf 20 Prozent. Dagegen würde die AfD mit 24 Prozent die meisten Stimmen holen.

Und das, obwohl sich Brandenburg wirtschaftlich unter der amtierenden rot-schwarz-grünen Landesregierung gut entwickelt hat (Grafik):

Brandenburgs Wirtschaftsleistung lag im Jahr 2023 bei fast 38.000 Euro je Einwohner, 2019 betrug sie nur rund 30.000 Euro – ein Anstieg um gut 25 Prozent.

Ein Grund für das Wirtschaftswachstum in Brandenburg: Die Ansiedlung von Industrieunternehmen wie dem Elektroautobauer Tesla. Im März 2022 startete in Grünheide, einer Gemeinde im Landkreis Oder-Spree, die Produktion der ersten Teslas „made in Germany“. Laut Zahlen des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg verzeichnete der Landkreis im Jahr 2022 denn auch das größte Wirtschaftswachstum in ganz Brandenburg:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Landkreis Oder-Spree stieg 2022 um mehr als 23 Prozent.

Auch im Rest Brandenburgs legte das BIP 2022 kräftig zu – in den kreisfreien Städten um mehr als 5 Prozent, in den Landkreisen um fast 11 Prozent.

Die SPD und die CDU wollen die Ansiedlung weiterer Unternehmen in Brandenburg vorantreiben. Dafür wollen sie Genehmigungsverfahren vereinfachen und bürokratische Hürden reduzieren.

Aber nicht nur die Bürokratie belastet die brandenburgischen Unternehmen, sondern auch die Suche nach geeignetem Fachpersonal. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, unterstützt das Land Brandenburg die Firmen durch seine Arbeits- und Fachkräftestrategie. Sie sieht vor, jungen Menschen bei ihrem Übergang von der Schule in den Beruf verstärkt zu helfen, Arbeitslose wieder einzugliedern sowie die Integration von ausländischen Arbeitskräften zu verbessern.

Brandenburg in Zahlen

im Jahr 2023

WAHL 2024	Brandenburg	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro	37.814	48.750
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	19,9	17,3
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung gegenüber 2010 in Prozent	15,9	24,1
Arbeitslosenquote in Prozent	5,9	5,7
Glasfaserversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde in Prozent	32,1	32,1

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Gigabit Grundbuch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Wachstum dank Migration

Wertschöpfung. In den fünf ostdeutschen Bundesländern schrumpft die Zahl der deutschen Arbeitnehmer seit Jahren. Dafür arbeiten immer mehr ausländische Beschäftigte im Osten – ein Glücksfall für die Wirtschaft, wie eine neue IW-Studie zeigt.

Ostdeutschland hat in puncto Gastfreundschaft nicht den besten Ruf – einen großen Anteil daran hat die AfD, deren zentrales politisches Narrativ sich stets um die angeblich negativen Folgen von Migration dreht. Dabei stützen gerade Ausländer die ostdeutsche Wirtschaft, wie eine neue IW-Studie zeigt (Grafik):

Im Jahr 2023 waren ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für 24,6 Milliarden Euro der ostdeutschen Bruttowertschöpfung verantwortlich – das entspricht 5,8 Prozent.

Vor allem Sachsen profitiert von den Zuwanderern, dort erwirtschafteten sie rund 7,9 Milliarden Euro.

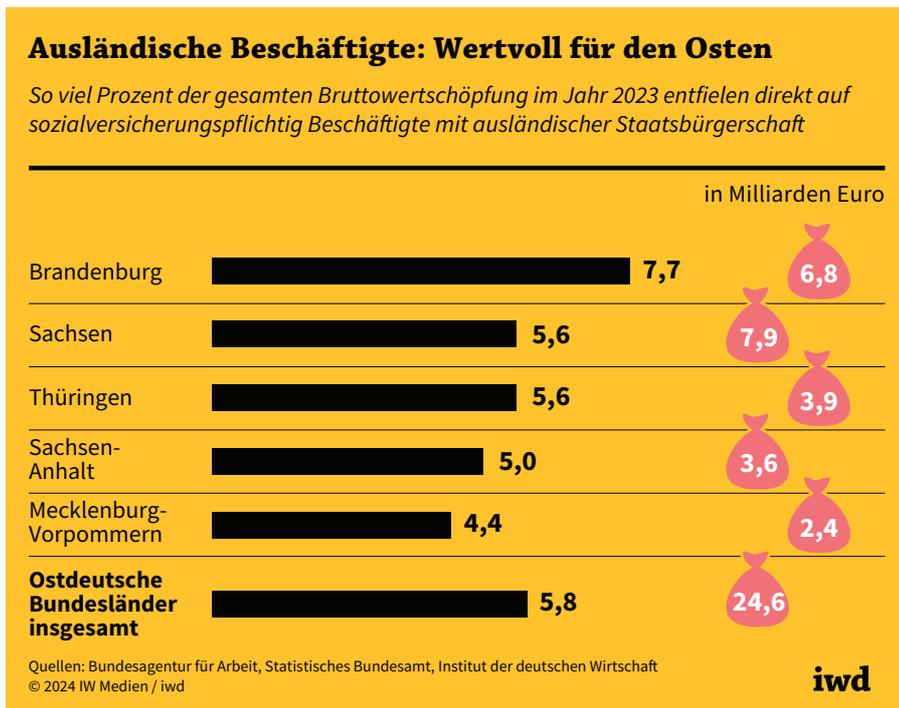
Brandenburg verbucht bei einer deutlich kleineren Gesamtwirtschaft ein Plus von 6,8 Milliarden Euro und Thüringen immerhin 3,9 Milliarden Euro.

Rechnet man die sogenannten indirekten und induzierten Zweit- und Drittrundeneffekte hinzu, sind es sogar fast 30 Milliarden Euro an Wertschöpfung, die auf das Konto der ausländischen Beschäftigten in Ostdeutschland gehen. Dahinter steckt, dass viele Produktionsprozesse miteinander verknüpft sind, sodass ein Wegfall der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit

ausländischen Staatsangehörigkeiten auch in anderen Wirtschaftsbereichen Folgen hätte.

Den Werten liegt die Annahme zugrunde, dass die Produktivität der im Osten tätigen Ausländer dem durchschnittlichen Niveau aller Erwerbstätigen in der jeweiligen Branche entspricht. Insgesamt arbeiteten 2023 in den fünf neuen Bundesländern rund 403.000 Menschen, die keinen deutschen Pass haben – das waren 8,6 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und rund 173.000 mehr als fünf Jahre zuvor. Im gleichen Zeitraum schrumpfte die Zahl der deutschen Beschäftigten um 116.000. Ohne neu hinzugekommene Ausländer wäre die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland also spürbar zurückgegangen – stattdessen ist sie gewachsen.

Dass der prozentuale Beitrag der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Migranten zur Gesamtwertschöpfung geringer ist als ihr Anteil an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, liegt daran, dass in der Gesamtwertschöpfung zusätzlich Selbstständige und geringfügig Beschäftigte eingerechnet sind.



IW-Kurzbericht 61/2024
Wido Geis-Thöne, Benita Zink: Ausländische Beschäftigte tragen zur Wertschöpfung in Ostdeutschland 24,6 Milliarden Euro bei
iwkoeln.de/wertschoepfung-osten

Innovativer Osten

Patente. Im bundesweiten Vergleich melden Hochschulen in Sachsen und Thüringen in Relation zur Zahl ihrer Studenten die meisten Patente an. An der Spitze bei der Gesamtzahl: die Technische Universität Dresden.

Patentanmeldungen: Sachsen und Thüringen an der Spitze

So viele Patente wurden im Zeitraum von 2017 bis 2021 je 1.000 Studenten an den Hochschulen in diesen Bundesländern angemeldet

Sachsen		5,1	Brandenburg		1,8
Thüringen		5,1	Niedersachsen		1,8
Baden-Württemberg		3,2	Hessen		1,7
Mecklenburg-Vorpommern		2,9	Hamburg		1,5
Sachsen-Anhalt		2,7	Rheinland-Pfalz		1,4
Saarland		2,4	Nordrhein-Westfalen		1,2
Schleswig-Holstein		2,2	Berlin		1,0
Bremen		2,1	Deutschland		2,0
Bayern		2,0			

Patentanmeldungen: der Hochschule inklusive angegliederter Einrichtungen
Studenten: im Wintersemester 2021/2022

Nachkommastellen: Wird ein Patent beispielsweise mit einem Unternehmen gemeinsam beantragt, wird es der Hochschule nur anteilig zugerechnet

Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Patente sind ein Zeichen für vielversprechende Ideen, neue Technologie, Fortschritt und Erfindergeist. Bundesweit haben 165 Hochschulen im Zeitraum von 2017 bis 2021 insgesamt rund 4.380 Patente angemeldet. Welche Hochschulen dabei am erfinderischsten waren, hat eine neue IW-Studie untersucht (Grafik Seite 9):

Spitzenreiter im Ranking ist die TU Dresden mit 285 Patentanmeldungen – gefolgt von der TU München mit 241 Anmeldungen und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen mit 223 Patenten.

Gemessen an der Zahl der Studenten im Wintersemester 2021/2022 ist die TU Bergakademie Freiberg mit fast 24 Patentanmeldungen je 1.000 Studenten führend. Die Technische Universität Dresden erreicht in dieser Betrachtung einen Wert von annähernd zehn Anmeldungen pro 1.000 Studenten.

Bundesweit haben jene deutschen Hochschulen, die überhaupt einen Patentschutz anstreben, im Schnitt von 2017 bis 2021 rund zwei Patente je 1.000 Studenten angemeldet. Hochschulen in Sachsen und Thüringen erreichten allerdings mehr als das Doppelte (Grafik):

Auf je 1.000 Studenten kamen im Zeitraum von 2017 bis 2021 in Sachsen und Thüringen jeweils mehr als fünf Patentanmeldungen.

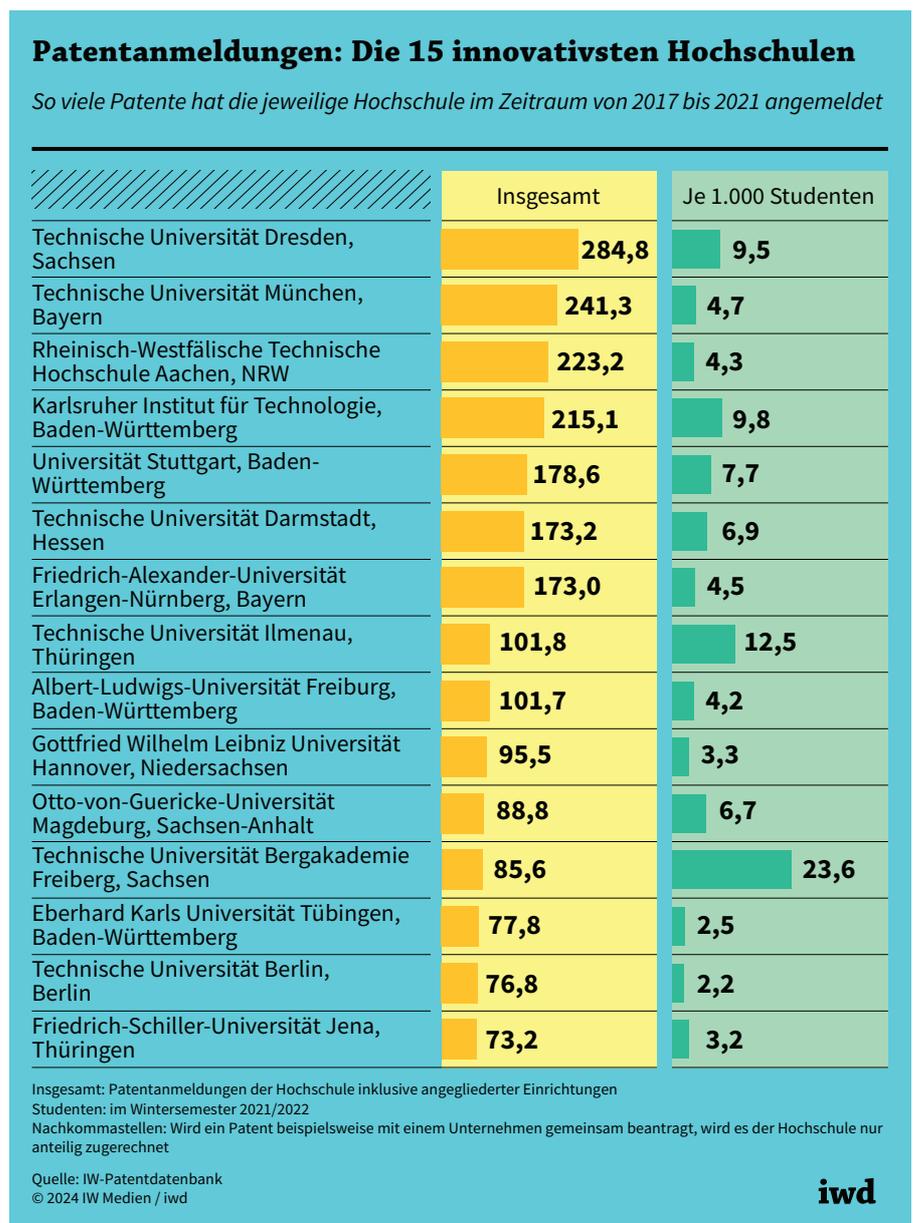
Der Grund: Hochschulpatente werden in der Regel eher in den technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen angemeldet – und der Fokus der Hochschulen in Sachsen und Thüringen liegt traditionell stärker auf diesen Bereichen als im Westen. So sind etwa an der TU Bergakademie Freiberg 85 Prozent der Studenten in MINT-Studiengängen eingeschrieben, was die hohe Zahl an Patentanmeldungen je 1.000 Studenten erklärt. Hinzu kommt, dass Innovation, Forschung und Patentanmeldungen an Hochschulen in Sachsen und Thüringen traditionell einen hohen Stellenwert haben.

Die Studie untersucht zudem einerseits den Anteil von Frauen und andererseits jenen von Erfindern mit Migrationshintergrund an universitären Innovationen – also inwiefern die Hochschulen von der Diversität ihrer Studentinnen und Studenten profitieren:

Frauen meldeten zwischen 2017 und 2021 knapp 12 Prozent der Hochschulpatente an. Zum Vergleich: Bundesweit liegt der Frauenanteil im Durchschnitt aller Patente nur bei 6 Prozent. Unter den 15 innovativsten Hochschulen sticht bei der entsprechenden Frauenquote die Eberhard-Karls-Universität Tübingen hervor – dort ging fast jedes vierte Patent auf Erfinderinnen zurück.

Im Durchschnitt aller Studiengänge liegt der Frauenanteil bei rund 50 Prozent. In jenen technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen, die maßgeblich für Patentanmeldungen verantwortlich sind, sind es jedoch lediglich 10 bis 15 Prozent. Wenn sich der Frauenanteil in diesen Studiengängen erhöht, dürfte sich das in ähnlicher Weise positiv auf die Patentanmeldungen von Erfinderinnen auswirken.

Erfinder mit Migrationshintergrund haben im untersuchten



Zeitraum im Schnitt mehr als 19 Prozent der Hochschulpatente angemeldet. Unter den Top-15-Hochschulen lag die Technische Universität Berlin vorn – dort kamen fast 29 Prozent der Patentanmeldungen von Erfindern mit ausländischen Wurzeln.

Der Anteil von Studenten mit Migrationshintergrund in technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen liegt ungefähr bei 30 bis 40 Prozent. Jedoch verlässt rund die Hälfte von ihnen Deutschland nach Ende des Studiums.

Frauen und Ausländer patentieren also nicht per se erfolgreicher als

männliche deutsche Erfinder. Aber angesichts der demografischen Entwicklung ist es entscheidend, beide Gruppen noch stärker als bislang auch mit Blick auf Innovationen in den Fokus zu nehmen.

IW-Kurzbericht 59/2024

Maike Haag, Enno Kohlisch, Oliver Koppel: Patentanmeldungen der Hochschulen – Sachsen und Thüringen am leistungsstärksten iwkoeln.de/patente-hochschulen



Windkraft? Nein danke

Erneuerbare Energien. Obwohl die meisten Bundesbürger den Ausbau von erneuerbaren Energien befürworten, gibt es auch ablehnende Stimmen. Grundsätzlich ist die Ablehnung im ländlichen Raum größer als in den Städten, zudem sind im Osten mehr Skeptiker zu finden als im Westen.

Nur ein geringer Teil der Bevölkerung in Deutschland bezweifelt, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Folglich begrüßen laut einer IW-Studie in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe REXKLIMA (TU Dresden) knapp 85 Prozent der West- und 78 Prozent der Ostdeutschen den Ausbau der Solarenergie. Dass die Windkraft weiter ausgebaut wird, befürworten 69 Prozent der west- und gut 54 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung.

Allerdings hakt es an der Umsetzung, wie das Beispiel Windkraft verdeutlicht – dieses Jahr sind hierzulande erst 356 Windräder an Land mit einer Leistung von 1,3 Gigawatt neu installiert worden. Um die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen, wären 2024 jedoch Windräder nötig, die zusammen 6,2 Gigawatt produzieren.

Dass der Ausbau der Erneuerbaren zu langsam vorankommt, liegt nicht nur an komplizierten Genehmigungsverfahren und zu viel Bürokratie, sondern auch an Vorbehalten der Bundesbürger. So herrscht vor allem hinsichtlich des weiteren Ausbaus der Windkraft in manchen Bevölkerungsgruppen Skepsis (Grafik):

In Westdeutschland lehnen knapp 13 Prozent der städtischen Bewohner den weiteren Ausbau der Windkraft ab, im ländlichen Raum sind es fast 18 Prozent.

In Ostdeutschland besteht das Stadt-Land-Gefälle ebenfalls,

allerdings ist hier die Skepsis insgesamt deutlich größer.

Und wie sieht die Haltung je nach Parteipräferenz aus? Unter den Linken-Anhängern im Osten sprechen sich fast 79 Prozent für einen Ausbau der Windkraft aus, von den dortigen BSW-Sympathisanten nur 46 Prozent. Und lediglich 27 Prozent der AfD-Anhänger in Ostdeutschland finden es richtig, dass neue Windräder aufgestellt werden. Dazu passt,

dass die AfD im Europawahlkampf die Bedrohung durch einen menschengemachten Klimawandel als Behauptung bezeichnet hatte, die „nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen“ basiere.

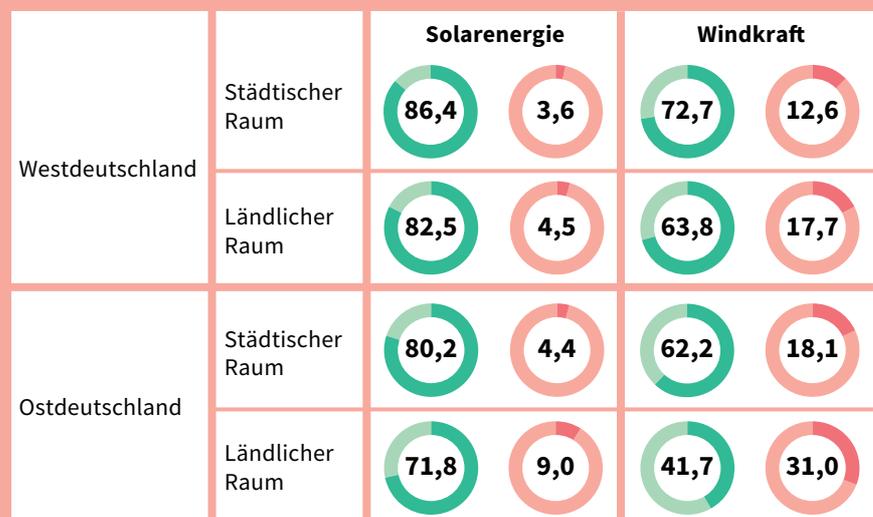
IW-Kurzbericht 57/2024

Matthias Diermeier, Manès Weisskircher: Breite Zustimmung zum Ausbau der Erneuerbaren – Widerstände im ländlichen Ostdeutschland
iwkoeln.de/zustimmung-erneuerbare

Erneuerbare Energien: Die Windkraft hat weniger Unterstützer

So viel Prozent der Einwohner Deutschlands haben diese Haltung zum Ausbau der erneuerbaren Energien

■ Befürwortende Haltung ■ Ablehnende Haltung



Rest zu 100: unentschieden
Befragung von 2.369 Personen ab 18 Jahren im städtischen Raum und 1.359 Personen ab 18 Jahren im ländlichen Raum zwischen dem 26. April und dem 8. Mai 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Mehrfach geschwächt

Industrie. Die Produktion im deutschen Verarbeitenden Gewerbe ist in diesem Jahr weiter gesunken, eine schnelle Trendwende ist nicht in Sicht. Die Ursachen liegen teils im geopolitischen Umfeld, teils spielen aber auch inländische Faktoren eine Rolle.

Die Enttäuschung ist groß – hatten Ökonomen im vergangenen Jahr noch erwartet, dass die deutsche Industrie 2024 wieder einen leichten Aufschwung erleben würde, sind die Fakten jetzt umso ernüchternder (Grafik):

Im ersten Halbjahr 2024 ist die Industrieproduktion in Deutschland gegenüber dem Vorjahreszeitraum nochmals um mehr als 5 Prozent gesunken – gegenüber dem Stand von Ende 2019 beträgt die Lücke nun 8 Prozent.

Am stärksten zurück ging die Produktion von Investitionsgütern – sie lag im ersten Halbjahr 2024 um 6,5 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Hier schlug sich die Rezession im Maschinenbau sowie in Teilen der Elektro- und Fahrzeugindustrie nieder.

Aber auch der Vorleistungs- und der Konsumgüterbereich tendierten weiter abwärts. Und die vorliegenden Prognosen der Konjunkturforscher deuten nicht auf eine schnelle Erholung des Industriesektors hin. Die Misere hat eine ganze Reihe von Ursachen:

- **Schwache Weltwirtschaft.** Die Handelskonflikte und Kriege der jüngsten Zeit haben sowohl die internationale Investitionstätigkeit als auch – vor allem über die gestiegenen Energiepreise und die darauf-

folgend erhöhte Inflation – den weltweiten Konsum geschwächt. Beides trifft die exportorientierte deutsche Industrie hart.

- **Nachfrageflaute im Inland.** Hier ist es nicht zuletzt die Industrie selbst, die aufgrund der schlechten Geschäftsentwicklung weniger investiert. Aber auch die Baubranche benötigt krisenbedingt weniger sektorspezifische Vorleistungs- und Investitionsgüter. Beides schwächt die hiesige Industriekonjunktur zusätzlich.

- **Verunsicherung.** Neben der unsicheren globalen Lage führt der unklare wirtschaftspolitische Kurs in Deutschland – etwa mit Blick auf den Umstieg auf erneuerbare Energien – ebenfalls dazu, dass Unternehmen Investitionen aufschieben oder streichen und die Verbraucher weniger kaufen.

- **Gesunkene Wettbewerbsfähigkeit.** Die gestiegenen Energie-, Material- und Logistikkosten, aber auch höhere Löhne haben die preisliche Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber ausländischen Wettbewerbern geschwächt. Hinzu kommt die Aufwertung des Euro, die deutsche Produkte auf den außereuropäischen Märkten verteuert hat.

Industrie bleibt in der Krise

Saisonbereinigte Industrieproduktion in Deutschland, 4. Quartal 2019 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 63/2024

Michael Grömling: Industrieschwäche auf breiter Front – Hintergründe und Perspektiven
iwkoeln.de/industrieschwaeche

Im Dienst des Staates

Beamte. Wie vielen privaten Unternehmen mangelt es auch dem Staat an Personal. Ein Privileg, mit dem Bund, Länder und Kommunen bei der Bewerbersuche punkten könnten, ist die Aussicht auf Verbeamtung. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Beamten an allen Staatsbediensteten allerdings gesunken.

550.000 – so viele Beschäftigte fehlen dem Staat laut Beamtenbund aktuell, um alle seine Aufgaben erfüllen zu können. Nun lässt sich darüber streiten, ob nicht manche Dinge, um die sich die öffentliche Hand kümmert, verzichtbar wären. Allerdings ist der dafür erforderliche Bürokratieabbau erfahrungsgemäß mühsam und langwierig.

Wollen Bund, Länder und Kommunen kurzfristig neue Mitarbeiter gewinnen, stellt sich die Frage, womit sie die knappen Fachkräfte

locken könnten. Ein möglicher Anreiz ist die Aussicht auf Verbeamtung und damit auf einen sicheren Job. In der Praxis zieht dieser Aspekt durchaus – werben doch einige Bundesländer anderswo angestellte Lehrer erfolgreich mit dem Versprechen einer Beamtenstelle ab.

Insgesamt hat das Beamtentum in Deutschland zuletzt allerdings an Bedeutung verloren (Grafik):

Der Anteil der Beamten an allen Bundesbeschäftigten sank zwischen 2012 und 2022 von 71,8 auf

71,3 Prozent. Auf Länderebene verringerte sich der Anteil von 57,6 auf 53,5 Prozent, bei den Kommunen von 14,6 auf 12 Prozent.

Zwischen den einzelnen Bundesländern variieren die Beamtenanteile zudem beträchtlich (Grafik Seite 13):

Während in den westdeutschen Flächenstaaten Niedersachsen, Hessen und Bayern mehr als 60 Prozent der Landesbeschäftigten im Jahr 2022 Beamte waren, lag der Anteil in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen unter 40 Prozent.

In diesen zwei ostdeutschen Bundesländern ist der Anteil der verbeamteten Beschäftigten seit 2012 allerdings merklich gestiegen, ebenso in Sachsen-Anhalt.

Näher beleuchten lassen sich diese Trends, wenn man auf die Aufgabengebiete schaut:

Bund. Der bezogen auf die Beschäftigung größte Aufgabenbereich des Bundes ist die Verteidigung mit zuletzt 239.000 Mitarbeitern. Hiervon waren im Jahr 2022 fast 82 Prozent verbeamtet – knapp 3 Prozentpunkte mehr als 2012.

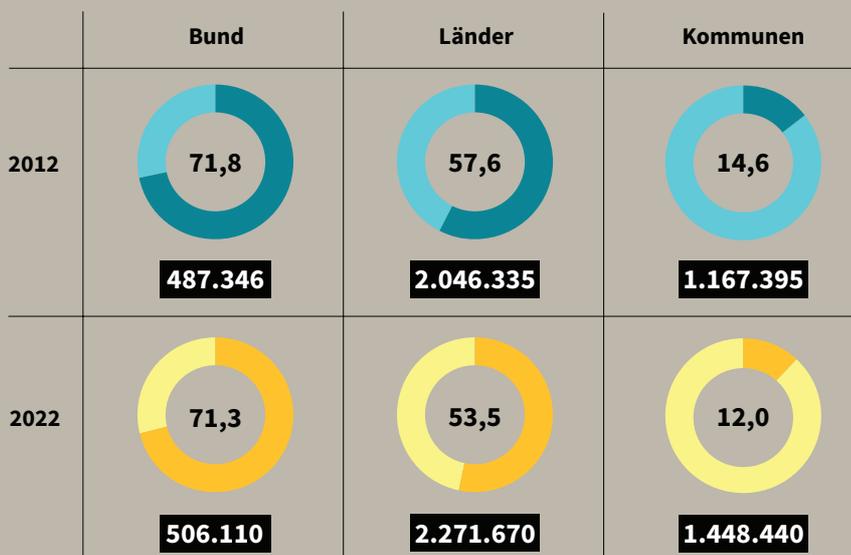
Insgesamt am höchsten war der Anteil der Beamten in der Finanzverwaltung des Bundes, für die zuletzt 49.000 Beschäftigte tätig waren. Von ihnen hatten 2022 gut 86 Prozent einen Beamtenstatus.

Das waren noch einmal 0,5 Prozentpunkte mehr als 2012.

Staat: Anteil der Beamten sinkt

So viel Prozent der Beschäftigten dieser Gebietskörperschaften waren Beamte

■ Beschäftigte insgesamt



Alle Werte auf Vollzeitstellen umgerechnet

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Bundesländer. Auch in der Finanzverwaltung der Länder war der Beamtenanteil 2022 mit fast 85 Prozent der 130.000 Mitarbeiter am höchsten. Hier gab es seit 2012 einen Zuwachs um rund 2 Prozentpunkte.

Anders der Trend im größten Aufgabengebiet:

Von den 1,33 Millionen Beschäftigten im Bereich „Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten“ im Jahr 2022 waren gut 48 Prozent Beamte – zehn Jahre zuvor hatte der Anteil noch 54 Prozent betragen.

Hier machte sich nicht zuletzt der im Schnitt gesunkene Beamtenanteil bei den Schulbediensteten bemerkbar. Allerdings verlief die Entwicklung je nach Region unterschiedlich. So sank die Beamtenquote an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in den westdeutschen Flächenstaaten von 2012 bis 2022 teils deutlich – in Rheinland-Pfalz beispielsweise um rund 10 Prozentpunkte auf etwa 80 Prozent.

In Ostdeutschland zeigte der Trend dagegen aufwärts – in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen etwa stieg der Beamtenanteil an diesen Schulen von 0,1 beziehungsweise 3,7 Prozent auf zuletzt jeweils gut 30 Prozent. Der Hintergrund: Nach der Wende zögerte die Politik im Osten lange, Lehrer zu verbeamen – vermutlich, weil sie vermeiden wollte, vom DDR-Regime geprägte Pädagogen bei Fehlverhalten nicht entlassen zu können. Insofern sind die verstärkten Verbeamungen in jüngerer Zeit ein Beleg dafür, dass sich die Verhältnisse in Ost und West zunehmend angleichen.

Kommunen. Hier stieg die Mitarbeiterzahl im größten Aufgabengebiet, Soziales und Jugend, seit 2012 von 272.000 auf 391.000. Der Beamtenanteil sank zugleich von 9,9 auf 6,2 Prozent. Erklären lässt sich dies damit, dass vor allem in den Tages-

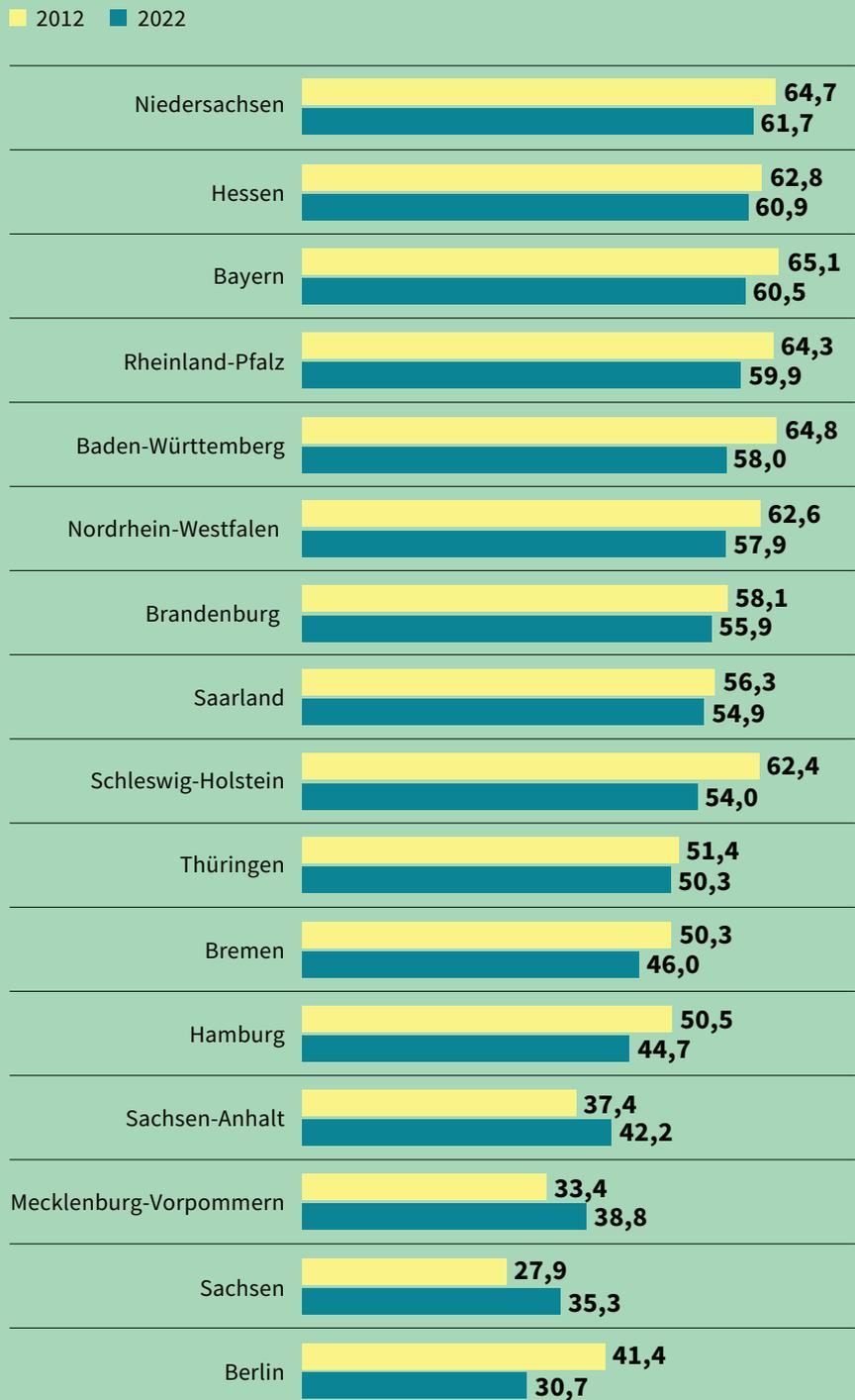
einrichtungen für Kinder zusätzliche Mitarbeiter eingestellt wurden – verbeamtet ist jedoch kaum ein Beschäftigter in diesem Bereich.

IW-Report 35/2024

Björn Kauder: Verbeamtung bei Bund, Ländern und Kommunen
iwkoeln.de/verbeamtung

Bundesländer setzen unterschiedlich stark auf Beamte

So viel Prozent der Landesbeschäftigten waren Beamte



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd

Hoch hinaus

Flughäfen. Die Coronapandemie kam für den Flugverkehr einer Zäsur gleich – zuvor war es für die Branche stets aufwärtsgegangen. Mittlerweile hat sich die Lage jedoch wieder deutlich verbessert; das wird unter anderem an den Passagierzahlen der größten Flughäfen der Welt deutlich.

Im Jahr 2019 starteten weltweit knapp 47 Millionen Flüge mit insgesamt etwa 4,4 Milliarden Passagieren, so viele wie nie zuvor. Gründe dafür waren günstige Flugtickets, das hohe Bevölkerungswachstum und der steigende Wohlstand, durch den sich immer mehr Menschen weltweit eine Flugreise leisten können.

Im Jahr 2020 brach die Zahl der Flüge dann aufgrund der Coronapandemie massiv ein. Nach wie vor ist die Branche vom einstigen Höchstwert ein gutes Stück entfernt:

Im Jahr 2023 starteten weltweit rund 38 Millionen Flüge – das waren immer noch 19 Prozent weniger als im Jahr 2019. Sie

brachten insgesamt rund 4,3 Milliarden Passagiere an ihr Ziel.

Im Vergleich zu 2022 haben die Passagierzahlen an fast allen bedeutenden Passagierflughäfen aber wieder deutlich zugelegt. Der größte befindet sich in den USA (Grafik):

Mit knapp 105 Millionen Passagieren war der Atlanta Airport im Jahr 2023 der am meisten frequentierte Flughafen der Welt.

Mit etwas Abstand folgt an zweiter Stelle der Flughafen Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten mit 87 Millionen Passagieren.

In Deutschland kommt Frankfurt am Main auf die höchsten Passagierzahlen – dort wurden im Jahr 2023 knapp 60 Millionen Fluggäste abgefertigt. Im globalen Vergleich reicht das allerdings nur für Platz 16.

Der Flugverkehr hat sich hierzulande nur langsam von der Pandemie erholt: Im Jahr 2023 zählten die 23 Hauptverkehrsflughäfen in Deutschland rund 185 Millionen Fluggäste – nur 19 Prozent mehr als im Vorjahr. Weltweit betrug das Plus dagegen mehr als 40 Prozent.

Nach einer Prognose der International Air Transport Association

Die größten Flughäfen der Welt

So viele Millionen Passagiere wurden im Jahr 2023 an dem jeweiligen Flughafen abgefertigt



1	Hartsfield-Jackson Atlanta International Airport (USA)	104,7
2	Dubai International Airport (Vereinigte Arabische Emirate)	87,0
3	Dallas/Fort Worth International Airport (USA)	81,8
4	London Heathrow (Großbritannien)	79,2
5	Flughafen Tokio-Haneda (Japan)	78,7
6	Denver International Airport (USA)	77,8
7	Istanbul International Airport (Türkei)	76,0
8	Los Angeles International Airport (USA)	75,1
9	Chicago O'Hare International Airport (USA)	73,9
10	Delhi Indira Gandhi International Airport (Indien)	72,2
...		
16	Flughafen Frankfurt am Main (Deutschland)	59,4

(IATA) könnte die Zahl der Passagiere zumindest im weltweiten Flugverkehr bis Ende des Jahres 2024 wieder das Niveau der Jahre vor Corona erreichen – und in den kommenden Jahren kontinuierlich weiter steigen (Grafik):

Schon im Jahr 2025 dürften sich knapp 4,7 Milliarden Passagiere durch die Luft befördern lassen – also noch einmal 10 Prozent mehr als 2023.

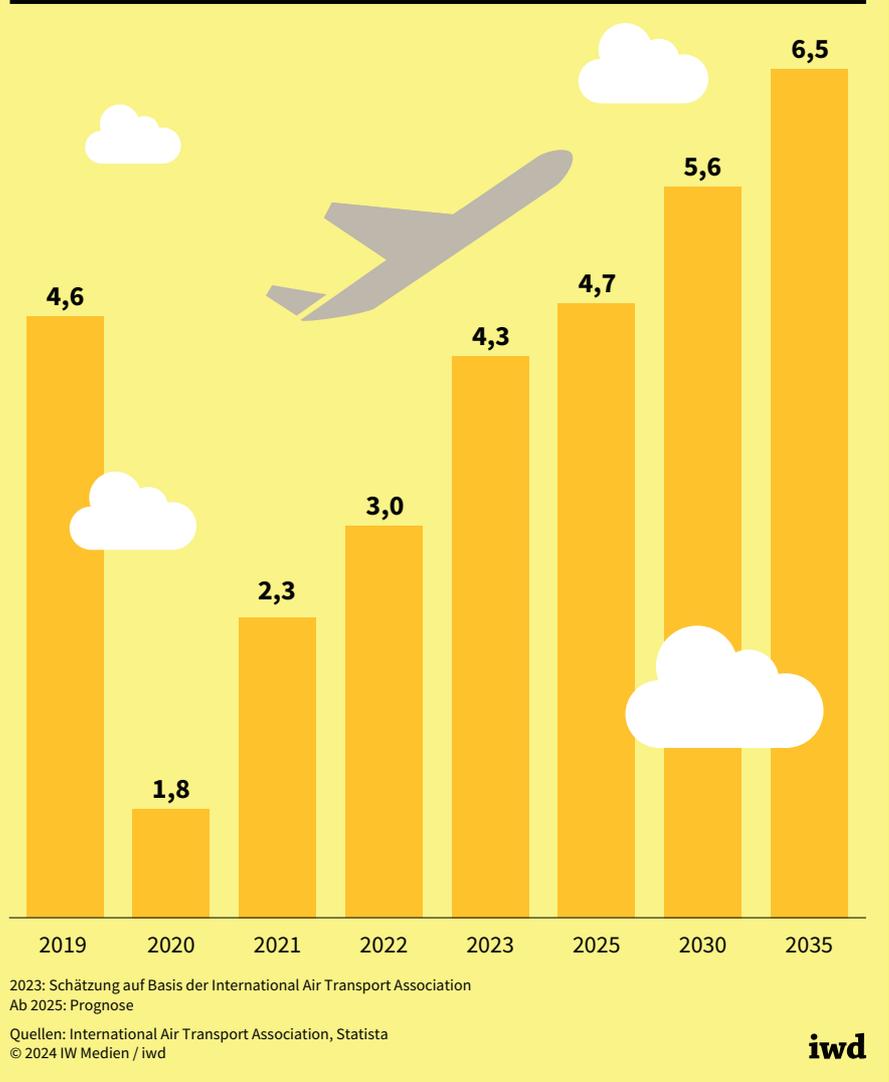
Für 2035 erwartet die IATA weltweit sogar mehr als 6,5 Milliarden Fluggäste. Viele Flughäfen bauen ihre Bodenfläche entsprechend weiter aus, um ihre Kapazitäten zu erhöhen. Die Betreiber des aufstrebenden Flughafens Dubai International arbeiten momentan zum Beispiel am Ausbau neuer Terminals und der erst 2018 eröffnete neue Flughafen Istanbul soll bis zum Jahr 2028 so ausgebaut werden, dass dort jährlich bis zu 200 Millionen Reisende abgefertigt werden können.

Ein weiterer Trend: In vielen Ländern streben Politik und Wirtschaft danach, den Flugverkehr – trotz steigender Passagierzahlen – umweltfreundlicher zu gestalten.

Dafür hat die EU im vergangenen Jahr den Grundstein gelegt: Sie möchte die Emissionen im Flugverkehr bis 2050 um 85 Prozent reduzieren, und zwar durch Sustainable Aviation Fuels (SAF). Sie werden überwiegend aus erneuerbaren Ressourcen wie Pflanzenölen, Algen oder Abfällen aus Landwirtschaft und Industrie gewonnen und sind damit nachhaltiger als fossile Brennstoffe. Ab 2025 sollen Flugzeuge in der EU bereits einen Mindest-

Passagierzahlen im Höhenflug

So viele Milliarden Passagiere weltweit flogen bzw. fliegen im jeweiligen Jahr



anteil von 2 Prozent an SAF tanken, im Jahr 2050 soll der Anteil der nachhaltigen Kraftstoffe dann bei mehr als 70 Prozent liegen.

Hinzu kommt, dass es im Eigeninteresse der Fluggesellschaften liegt, möglichst sparsame Flieger zu betreiben. Das getankte Kerosin stellt für sie einen gewaltigen

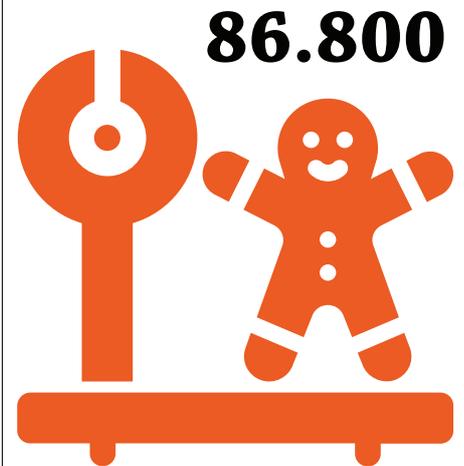
Kostenfaktor dar und neue Flieger wählen die Airlines meist danach aus, wie viel Sprit sie benötigen.

So kommt der legendäre Jumbojet, die Boeing 747, laut Lufthansa noch auf knapp 4,3 Liter Kerosin je 100 Passagierkilometer, der neue Airbus A 350 begnügt sich dagegen mit etwa 2,5 Litern.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche

Tonnen Lebkuchen haben Bäckereien und Industriebetriebe in Deutschland im vergangenen Jahr hergestellt. Ein Drittel der Produktion fiel laut Statistischem Bundesamt auf die Zeit von Juli bis September, also weit vor der Weihnachtszeit. Die diesjährige Produktion läuft demnach bereits auf Hochtouren. Und schon jetzt kann man – oft noch in sommerlicher Kleidung und auf der Suche nach einer Erfrischung – beim Schlendern durch den Supermarkt die ersten Lebkuchen im Regal entdecken.

Aber nicht nur hierzulande sind deutsche Lebkuchen gefragt: Im Jahr 2023 exportierte die Bundesrepublik mehr als 22.000 Tonnen dieses Gebäcks. Der Großteil ging ins europäische Ausland – Österreich, Polen und Frankreich waren die drei Top-Abnehmer. Außerhalb Europas fanden deutsche Lebkuchen vor allem in den Vereinigten Staaten, in Brasilien und Australien ihre Liebhaber.

Der hohe Exportanteil ist übrigens ein Grund dafür, dass deutsche Lebkuchen teilweise so früh produziert werden: Mehr als die Hälfte aller Lebkuchen-Exporte wurde im vergangenen Jahr bereits in den Monaten August und September getätigt.

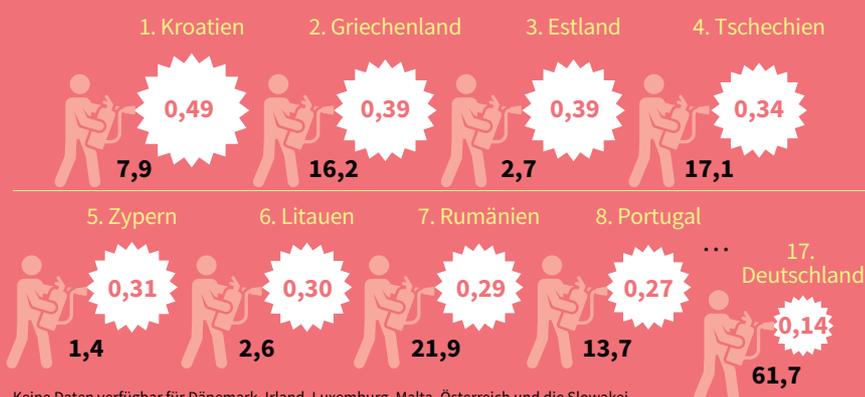
Top-Liste: Löschen und retten

Es ist alles eine Sache der Perspektive – auch die Zahl der hauptberuflichen Feuerwehrleute in der Europäischen Union: Auf der einen Seite machten diese im Jahr 2023 lediglich 0,18 Prozent aller Beschäftigten in der EU aus, auf der anderen Seite entspricht das mehr als 362.000 Personen und damit in etwa so vielen Menschen, wie in der Ruhrgebietsstadt Bochum leben. Anteilig arbeiten in Kroatien die meisten Personen bei der Feuerwehr – im Jahr 2023 waren es 0,49 Prozent aller Beschäftigten. Absolut gesehen bedeutet das knapp 8.000 Menschen. Anders in Deutschland: In der Bundesrepublik beträgt der Anteil der hauptberuflichen Floriansjünger lediglich 0,14 Prozent aller Beschäftigten. Das bedeutet Rang 17 unter all jenen Mitgliedsländern, für die Zahlen verfügbar sind. Dahinter verbergen sich gleichwohl fast 62.000 Menschen, so viele wie nirgendwo sonst in der EU.

Feuerwehrleute in der EU

So viel Prozent der Beschäftigten im jeweiligen EU-Land im Jahr 2023 waren hauptberufliche Feuerwehrleute

■ Zahl der Feuerwehrleute in 1.000



Keine Daten verfügbar für Dänemark, Irland, Luxemburg, Malta, Österreich und die Slowakei

Quelle: Eurostat
© 2024 IW Medien / iwd

iwd